

Wohnen wie in der Zukunft

In Obersiggenthal soll ein CO₂-neutraler Bau entstehen. Das Projekt hat Pioniercharakter.

David Rutschmann

Die Regionalwerke AG Baden (RWB) plant im Obersiggenthaler Ortsteil Rieden nichts Geringeres als das Haus der Zukunft. Die Wohnsiedlung mit 40 Wohnungen mit Lage direkt neben der Siggenthaler Brücke soll L-förmig angeordnet sein und abgetreppt nach Süden den Blick zur Limmat freigeben. Der Gestaltungsplan für das auf den Namen «Limmergy» getaufte Projekt liegt derzeit zum Mitwirkungsverfahren auf. Seit kurzem gibt es zudem eine Website.

Das Besondere an dem Leuchtturmprojekt: Die Siedlung soll auf ihre gesamte Lebenszeit gerechnet CO₂-neutral sein. Heisst: Nicht nur muss das Gebäude komplett mit erneuerbaren Energien betrieben werden – auch die beim Bau verwendeten Ressourcen müssen kompensiert werden. Möglich wird dies dadurch, dass das für das Gebäude verwendete Holz CO₂ speichert und so die Luft reinigen soll. Zudem bestehen die Dächer quasi aus Solarzellen. Das «hauseigene Kraftwerk» produziert mehr erneuerbaren Strom, als die Bewohner benötigen und kann ins regionale Netz eingespeist werden.

Ein wichtiger Bestandteil ist es zudem, die Wohnungen kleiner zu gestalten. «Der Flächenbedarf pro Bewohner steigt stetig, aber wir müssen im Sinne der Nachhaltigkeit in die andere Richtung gehen», findet Stefan Oeschger von JOM Architekten, die den Projektwettbewerb mit ihrer Idee für einen klimaneutralen Bau 2019 gewonnen hatten. Denn desto mehr Fläche ein Mensch teilt, desto kleiner ist sein ökologischer Fussabdruck. Die Durchschnittsfläche von Wohnungen, die in den ver-

gangenen Jahren in der Schweiz £ gebaut wurden, beträgt gemäss Bundesamt für Statistik 104 m². Bei diesem Projekt sind die Wohnungen im Schnitt 69 m² gross. Deshalb wurden einige Wohnfunktionen in Gemeinschaftsbereiche ausgelagert, die man per Klick auf der hauseigenen App hinzubuchen kann. Oeschger: «Die Architektur muss sich mehr am On-Demand-Prinzip ausrichten, welches schon jetzt viele Konsumbereiche bestimmt. Das verlangt eine höhere Flexibilität und Anbindung an die digitale Welt.»

Homeoffice: Wohnort wird stärker auch Arbeitsort

Corona hat die Ausarbeitung des Gestaltungsplans 2020 leicht ausgebremst. Doch ansonsten sei die Dringlichkeit des Projekts durch die Pandemie unterstrichen worden, findet Oeschger. Der Anspruch vom Wohnort als Arbeitsort sei stärker als bisher in der Realität angekommen. «Wir hätten als Reaktion auf die Pandemie auch sagen können: Gut ok, wir bauen jetzt in jeder Wohnung ein Zimmer mehr für Homeoffice.»

Trotzdem, betont Oeschger, seien zur Genüge auch die Probleme, die durch Homeoffice entstehen, thematisiert worden: schlechte Work-Life-Balance, Versäumnisse in der Digitalisierung, Vereinsamung. «Limmergy» greift diese Problematiken bereits auf: Es richtet sich an flexiblere Wohn- und Arbeitsformen, indem es die räumlichen Gegebenheiten dafür schafft. Beispiel Werk-Lobby: Die zentrale Eingangshalle, welche die beiden Wohn-Blöcke miteinander verbindet und durch in den Garten führt. Diese Lobby, die auch für externe Veranstaltungen buchbar sein soll, könnte



Holzbauten, Fassadenbegrünung, Gemeinschaftsgarten – «Limmergy» soll so «grün» wie möglich werden. Bild: Planikum Landschaftsarchitektur



Co-Working-Space: die moderne Werk-Lobby. Bild: JOM Architekten

flexibel als grosser Co-Working-Space genutzt werden.

Die Werk-Lobby soll also ein Begegnungsraum der Bewohner aus dem Haus werden. Ganz entgegen der Tendenz zur Anonymisierung in Mehrwohnungs-Gebäuden – und entgegen dem Gebot der Stunde, dem Social Distancing. Pandemiekonformität darf für Oeschger allerdings auch kein Anspruch an Architektur sein: «Wir wollen ja alle, dass die Pandemie vorbeigeht und damit ändern sich die Ansprüche wieder.» Der gemeinschaftliche Gedanke zieht

sich durch das komplette Konzept von «Limmergy»: Gemeinschaftsküche, Bibliothek, Werkstatt, Sitzungszimmer. Car-Sharing sowieso – die RWB will je ein Elektro- und ein Biogas-Auto in der Tiefgarage deponieren.

Kritische Stimmen aus der Nachbarschaft werden laut

Das Mobilitätskonzept sieht zudem eine grösstmögliche Reduktion der Parkplätze für Autos in der Tiefgarage vor – 40 Prozent weniger als bei vergleichbaren Wohnsiedlungen. Einerseits wegen des Nachhaltigkeits-

«Architektur muss sich mehr am On-Demand-Prinzip ausrichten. Das verlangt Flexibilität und Digitalisierung.»

Stefan Oeschger
JOM Architekten

aspekts und weil man den Individualverkehr aufs Velo und den ÖV verlagern will. Andererseits auch, weil aus der Nachbarschaft Stimmen laut wurden, die eine Überbelastung der Austraße fürchten. Den Kritikern kam man mit einem Erschliessungsplan entgegen, welcher die Austraße zur Tempo-30-Zone machen soll.

Dass es Widerstand geben wird, war für Oeschger und sein Team klar. Manch einer würde lieber weiterhin Wiese sehen als eine moderne Überbauung an der Limmat. Oeschger spricht

vom «NIMBY»-Effekt, das steht für «not in my backyard» – progressiv und klimaschonend, schön und gut, aber bitte woanders und nicht in meinem Hinterhof. Kontrovers wird so auch die Kanzel diskutiert, welche im Aussenraum am südlichen Ende der Überbauung entstehen soll: ein kleiner, öffentlicher Begegnungsraum mit schattigen Bäumen, Sitzbänken, Brunnen und Aussicht zur Limmat hin. Hier fürchten Anwohner Lärm durch Veranstaltungen und Littering.

Dabei soll gerade im Aussenraum versucht werden, dem angrenzenden Limmatraum und der Natur Rechnung zu tragen. Ein kleiner Wald ist geplant, eine Obstwiese mit heimischen Sorten ebenso wie ein Gemeinschaftsgarten, der von den Siedlungsbewohnern bewirtschaftet werden kann. «Wir sprechen schon eher ein progressives Publikum an, welches ein klimakompatibles Leben führen will», sagt Stefan Oeschger. Er rechnet 2013 mit dem Baustart.

WWW.

Mehr Visualisierungen online unter: www.badenertagblatt.ch

Spanischbrödlbahn wird saniert

Crowdfunding war erfolgreich: Zur Eröffnung des Badener Thermalbads soll die Kult-Strassenbahn fahrbereit sein.

Die Spanischbrödlbahn kann saniert werden. Darüber informiert der Verein Spanischbrödlbahn in einer Medienmitteilung. Die 1937 anlässlich der damaligen Badenfahrt gebaute Strassenbahn sollte verschrottet werden. 2019 wurde der Verein gegründet, um dies zu verhindern. Er erwarb die Bahn.

Vergangenes Jahr teilte der Verein mit, dass er die Modernisierung der Bahn plant. Es wurde befürchtet, dass für den in die Jahre gekommenen Dieselmotor bald keine Ersatzteile mehr beschafft werden können. Um die historische Bahn für die Nachwelt längerfristig zu erhalten, stand der Umbau auf einen

Elektroantrieb im Vordergrund. Diplomanden der ABB Technikerschule in Baden und der FH Ost in Buchs SG machten sich also bald daran, diese Elektrifizierung zu planen. Die Spanischbrödlbahn soll dann betont modern auftreten, die Elektronik soll den Lokführer unterstützen und für seine Sicherheit sorgen. Die Bahn soll dereinst mit neuer Verdrahtung, Steuerelementen sowie Video-, Audio- und Überwachungssystemen ausgerüstet werden. Also startete der Verein eine von Raiffeisen unterstützte Crowdfunding-Aktion zur Finanzierung dieses Umbaus. Das Spendenziel von 110 000 Fran-

ken wurde laut Medienmitteilung jetzt erreicht. Der Verein Spanischbrödlbahn richtet darin seinen Dank an die Bevölkerung der Region, «welche den Erhalt der Bahn mit zum Teil grossen Beträgen bekundet hat».

Im September sollen die Arbeiten abgeschlossen sein. Danach stehen die Fahrzeugprüfung beim Strassenverkehrsamt sowie erste Fahrstunden an. Die Öffentlichkeit soll anlässlich der Festlichkeiten rund um das neue Thermalbad «Fortyseven» vom 29. bis 31. Oktober 2021 in den Genuss von Gratisfahrten kommen, welche von der Stadt finanziert werden. (az)



Die Spanischbrödlbahn soll elektrifiziert werden.

Bild: zvg

Steuereinnahmen sind gestiegen

Remetschwil Im Remetschwiler Budget 2020 waren in allen Steuerkategorien Nettoeinnahmen von insgesamt rund 7,2 Millionen Franken vorgesehen. Mit fast 8 Millionen Franken weist die Rechnung 2020 nun einen Anstieg beim Gesamtsteuerertrag aus. Der effektive Steuerertrag liege damit um mehr als 720 000 Franken (9,14 Prozent) über dem Budgetbetrag, teilt die Gemeinde mit. Höhere Erträge hätten insbesondere bei den Einkommens- und Vermögenssteuern natürlicher Personen aus den Vorjahren verzeichnet werden können. Gründe seien vereinzelt Einwohner mit erhöhtem Einkommen, die aufgrund der Vorjahre zu tief gestellt worden seien. (az)